

Eupen, den 2. Dezember 2014

Herr Minister Antonios ANTONIADIS
Klötzerbahn, 32
4700 EUPEN

Unser Zeichen : d1/st/15487
Tel.: 087/318400

Ihre Ansprechpartner: Stephan Thomas
E-Mail: stephan.thomas@staff.pdg.be

Schriftliche Fragen Nr. 7-10 vom 2. Dezember 2014 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis

Sehr geehrter Herr Minister,

in der Anlage übermittle ich Ihnen den Text der schriftlichen Fragen Nr. 6-11, die mir am 2. Dezember 2014 zugestellt und Ihnen am heutigen Tag per Mail weitergeleitet wurden.

Die Antwort müsste mir gemäß Artikel 70 §3 der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft innerhalb von 28 Kalendertagen zukommen.

Die Frist zur Beantwortung der vorerwähnten schriftlichen Fragen wird demnach am 12. Januar 2015 zu Ende gehen.

Ich bitte Sie, in der Antwort jeweils den Namen des Fragestellers sowie das Datum und die Nummer der Frage anzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

K.-H. LAMBERTZ
Präsident

Anlagen: 4

Schriftliche Frage Nr. 7 vom 2. Dezember 2014 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis zur Information der Bevölkerung über die Risiken von Nebenwirkungen und Schäden, die bei Impfungen auftreten können

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden verschiedene Maßnahmen zur Anregung von Impfungen ergriffen, vorrangig von Kindern und Jugendlichen.

Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um die Bevölkerung über das Risiko bezüglich des Auftretens verschiedener Nebenwirkungen und Impfschäden zu informieren?

M. BALTER

Die Impfungen werden kostenlos im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche durch den Dienst Kaleido-DG sowie die niedergelassenen Ärzte angeboten.

Mit Ausnahme der Impfung gegen Kinderlähmung (Polio) werden für alle anderen Impfungen in Belgien bekanntlich lediglich Empfehlungen ausgesprochen.

Die Entscheidung, das Kind gegen weitere Krankheiten, wie Mumps, impfen zu lassen, liegt bei den Eltern. Zur Orientierung bei der Entscheidungsfindung erhalten die betroffenen Eltern Informationen über verschiedene Kanäle. Im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen informiert der Dienst „Kaleido“ die Eltern über Gespräche und Broschüren zum Thema Impfungen. Neben Erklärungen zu den Impfungen enthalten die Informationsbroschüren Hinweise über mögliche Nebenwirkungen der Impfstoffe.

Aufgrund ihrer Größe verfügt die DG nicht über eine eigene Forschungseinrichtung oder ein eigenes Referenzzentrum. Somit sind wir auf die Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften oder Einrichtungen angewiesen. Die Informationsbroschüre wird daher auf Grundlage der Empfehlungen des Hohen Rates für Gesundheit und in Zusammenarbeit mit Ärzten sowie den Partnerorganisationen „Kind und gezin“ der Flämischen Gemeinschaft und der „ONE“ der Französischen Gemeinschaft erstellt.

Dieses Informationsinstrument sowie weitere Publikationen findet man auf der Internetseite „DG-Live“.

Die Aufgabe der Informationsvermittlung zu den Impfungen nehmen des Weiteren auch die Allgemeinmediziner wahr. Gemäß dem Gesetz über die Patientenrechte vom 22.08.2002 muss jeder Arzt den Patienten bzw. dessen Vertreter über die Behandlungen informieren.

Die Regierung der DG wird im ersten Halbjahr 2015 weitere Aktionen zur Umsetzung der REK-Vision vorgeben. Hier wird im Rahmen der flächendeckenden Gesundheitsplanung auch der Vorsorge innerhalb der Gesundheitsplanung eine wichtige Rolle zugedacht werden.

Schriftliche Frage Nr. 8 vom 2. Dezember 2014 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis zur gestiegenen Einnahme von Medikamenten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der diesbezüglichen Aufklärungsarbeit

Wie vor kurzem die Zeitung Le Soir berichtete, nehmen die Belgier heute doppelt so viele Medikamente ein wie vor 14 Jahren. Besonders hervorgehoben wurde die hohe Anzahl von Psychopharmaka.

Gibt es bezüglich dieser Entwicklung genauere Zahlen für die DG?

Was gedenken Sie zu tun, gibt es Pläne für Aufklärungsarbeit, um dieser ungünstigen Entwicklung Einhalt zu gebieten?

M. BALTER

Medikamente unterliegen der Verschreibungspflicht durch einen Arzt. Dieser Bereich unterliegt der föderalen Zuständigkeit.

Betreffend den Medikamentenkonsum liegen derzeit keine aktuellen Zahlen für die DG vor. Die DG-spezifischen Ergebnisse der nationalen Gesundheitsbefragung werden voraussichtlich im Herbst 2015 vorliegen.

Allerdings können wir auf die DG-spezifischen Resultate verweisen, die aus der nationalen Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2008 hervorgehen (www.enquetesante.be).

2008 wurde in der DG ein intensiver Gebrauch von Psychopharmaka festgestellt. 15% der Bevölkerung der DG teilte mit, innerhalb der letzten 2 Wochen psychotrope Medikamente eingenommen zu haben (13% Schlafmittel, 7% Beruhigungsmittel, 3% Antidepressiva). Die restlichen Personen nehmen verschiedenen Medikamente gleichzeitig ein. Frauen konsumieren mehr als Männer. Außerdem steigt die Nutzung von psychotropen Medikamenten mit dem Alter. Je niedriger der Schulabschluss, desto höher der Konsum.

In der Vergangenheit hat der Medikamentenkonsum in der Deutschsprachigen Gemeinschaft signifikant zugenommen: 5% in 1997, 6% in 2002, 12% in 2004 und 15% in 2008.

Die DG ist für die Gesundheitsförderung und somit für Aufklärung und Sensibilisierung zuständig. Das Thema „Süchte“ gehört zum Aufgabenbereich der ASL, die auch bei der Vorbeugung von überhöhtem Medikamentenkonsum aktiv ist.

Im aktuellen Vertrag 2015 haben wir den Auftrag an die ASL zu diesem Thema verstärkt und ihr darüber hinaus aufgetragen, das Zielpublikum Senioren, das sich bekanntlich durch einen hohen Medikamentenkonsum auszeichnet, stärker zu sensibilisieren.

Wenn die DG-spezifischen Ergebnisse der nationalen Gesundheitsbefragung 2013 vorliegen (voraussichtlich im September 2015), wird die ASL gegebenenfalls weitere, gezielte Maßnahmen ausarbeiten und ausführen.

Die Regierung der DG wird im ersten Halbjahr 2015 weitere Aktionen zur Umsetzung der REK-Vision vorgeben. Hier wird im Rahmen der flächendeckenden Gesundheitsplanung auch der Vorsorge innerhalb der Gesundheitsplanung eine wichtige Rolle zugedacht werden.

Schriftliche Frage Nr. 9 vom 2. Dezember 2014 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis zur Information des Kaleido-Zentrums über Krankheit, Impfung und Nebenwirkungen in Bezug auf die Human-Papillomavirus-Impfung

Vor kurzem erhielten die Eltern der Mädchen des 2. Sekundarschuljahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Einverständniserklärung für die kostenlose Human-Papillomavirus-Impfung des Kaleido-Zentrums.

Auf der Rückseite des Schreibens befindet sich ein Informationstext bezüglich Krankheit, Impfung und Nebenwirkungen.

Könnten Sie uns bitte mitteilen, welcher Quelle die Informationen entnommen wurden? Wurde der Text von neutraler Seite auf seine Richtigkeit geprüft? Wer hat die Veröffentlichung abgesegnet?

M. BALTER

Seit dem Schuljahr 2011-2012 wird die Impfung zum Schutz vor Gebärmutterhalskrebs im Rahmen der schulärztlichen Untersuchungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kostenlos angeboten.

Die Entscheidung die Jugendliche impfen zu lassen, obliegt den Eltern.

Die betroffene Zielgruppe, d.h. die jugendlichen Mädchen des 2. Sekundarschuljahres und deren Eltern, werden informiert:

Die Aufklärung erfolgt mittels eines Elternschreiben und einer beigefügten Information zur HPV-Impfung vor der angebotenen Schuluntersuchung. Diese Richtlinien wurden gemeinsam in der damaligen durch den Fachbereich Gesundheit im Ministerium koordinierten Arbeitsgruppe der Dienste der Schulgesundheitsvorsorge erarbeitet.

Die Arbeitsgruppe wurde im Jahr 2001 ins Leben gerufen, dies nach Verabschiedung des Erlasses der Regierung über die Festlegung des Reformprogramms in der Schulgesundheitsvorsorge, und war aus Vertretern von Krankenpflegerinnen und Ärztinnen des ehemaligen Gesundheitszentrum Eupen und Sankt-Vith, sowie des ehemaligen PMS Zentrum Eupen und Sankt-Vith zusammengestellt.

Im Hinblick auf die Ausarbeitung des Dokumentes ließ die Arbeitsgruppe sich sachkundig beraten und recherchierte : unter anderem auf Informationsfaltblätter zur Impfung gegen die Humane Papillomaviren der Französischen Gemeinschaft, Flandern sowie von Staaten wie Deutschland, der Schweiz und der Niederlande.

Die Informationsbroschüre für die DG wurde schließlich im Sommer 2011 vom Fachbereich Gesundheit in Zusammenarbeit mit der belgischen interuniversitären Fachstelle PROVAC (Programme de Vaccination) fertig gestellt. Diese Beratungsstelle setzt sich aus Vertretern der ULB, UCL und ULG zusammen und verfügt über ein langjährige Erfahrung in der Impfthematik. Sie berät und unterstützt die Französischsprachige Gemeinschaft in der Ausarbeitung eines Impfplans.

Verantwortlicher Herausgeber war in 2011 der Generalsekretär des Ministeriums Norbert Heukemes. Die damalige Regierung wurde über die Broschüre „Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs“ und deren Inhalt informiert.

Im September 2014 haben sich alle Dienste der Schulgesundheitsvorsorge, der Dienst für Kind und Familie und Schulzahnpflege zum Dienst „Kaleido“ zusammengeschlossen. Die Inhalte des Informationsbroschüre zur Impfung HPV wurden übernommen. Eine

Überarbeitung ist momentan nicht vorgesehen. Verantwortlicher Herausgeber ist nunmehr Kaleido.

Schriftliche Frage Nr. 10 vom 2. Dezember 2014 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis zu den konkreten Plänen für Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Gesundheitserziehung

Im Bericht zu den Aufgabenbereichen des Ausschusses IV werden in Zusammenhang mit der Staatsreform in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eigene Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Gesundheitserziehung angekündigt.

Gibt es schon konkrete inhaltliche Pläne für diese Maßnahmen und einen Zeitplan, was die Umsetzung betrifft?

M. BALTER

Im Ausschuss IV fand am 3.12.2014 eine ausführliche Präsentation durch den Fachbereich Gesundheit und Senioren zum aktuellen Umsetzungsstand der übertragenen Zuständigkeiten statt, unter anderem zum Bereich Gesundheitsprävention und -förderung.

Alle anwesenden Ausschussmitglieder wurden über den aktuellen Stand der Umsetzung und den Zeitplan informiert. Mit Ausnahme der Zuständigkeit der Raucherentwöhnung, sieht dieser die effektive Ausübung der Zuständigkeiten zum 1.1.2015 vor. Der Berichtstatter des Ausschusses IV wird im Übrigen in einem umfassenden Bericht das dort Gesagte festhalten.

Am 4.12.2014 wurde zudem die Arbeitsgruppe "Staatsreform" eingesetzt, die sich mit den Themen Gesundheit, Senioren und psychische Gesundheit beschäftigt. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern aller Fraktionen des Parlamentes, des Wirtschafts- und Sozialrates sowie Vertretern von Regierung und Verwaltung zusammen. Auch nimmt auch der Betreuer des Ausschusses IV des Parlamentes an den Versammlungen teil. Zu den verschiedenen Themen werden außerdem diverse Fachleute und Akteure aus dem Terrain eingeladen. Ähnlich wie im Bereich der Kinderzulagen wird die Arbeitsgruppe Handlungsempfehlungen zur Gestaltung der neuen Kompetenzen formulieren.

Diese Arbeitsgruppe wird auch die von Ihnen angesprochen Themen behandeln. Die Regierung setzt Wert auf Transparenz. Das Parlament wird über die Teilnahme der Fraktionen in der Arbeitsgruppe unmittelbar an den Überlegungen zur Gestaltung der Kompetenzen einbezogen.

Die Regierung nimmt an, dass die jeweiligen Vertreter ihre Fraktionen ausführlich informieren. Zur Erinnerung, die Vivant-Fraktion wird durch Frau Linda Nix vertreten.